

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 22 (1942-1943)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Demokratie nur für Demokraten?  
**Autor:** Kramer, Hugo  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-334604>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 23.01.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

existiert das Problem der Arbeitslosigkeit nicht, da jede Arbeitskraft einkommensmäßig gesichert ist. Sind in einem Produktionszweig überschüssige Arbeitskräfte vorhanden, so können diese ohne zusätzliche Kosten — im Gegensatz zu den gesellschaftlich so belastenden Kosten der kapitalistischen Fehlrationalisierung — auf andere, eventuell neue Produktionszweige umgeteilt oder umgeschult werden. Mit andern Worten, kapitalistisches Profitdenken und gesellschaftliches Gesamtinteresse können in der sozialistischen Planwirtschaft nicht mehr zum nur durch die Krise lösbaren Widerspruch führen: die sozialistische Planwirtschaft wird auch gerade wegen der Wirtschaftsrechnung in Arbeitskräften eine *krisensfreie Wirtschaft* sein.

---

## Demokratie nur für Demokraten?

Von H u g o K r a m e r

So viel man heute von Demokratie spricht — im Grunde glauben auch unter ihren Bekennern die meisten nicht mehr so recht an sie. «Glauben» hier in seinem eigentlichen Sinn verstanden: nicht als unbestimmtes und unverbindliches Annehmen irgendeines unbeweisbaren Satzes, sondern als tätiges Vertrauen auf eine in unserem Leben wirksame Kraft, mit der wir alle Tage arbeiten.

Oder wer möchte behaupten, daß wir der Demokratie dieses selbstverständliche und rückhaltlose Vertrauen entgegenbringen? Sind wir nicht vielmehr von schwächerem oder stärkerem Mißtrauen in ihre Wirksamkeit erfüllt? Ist es bei unseren Erörterungen über Demokratie — wobei hier der Einfachheit halber Demokratie sowohl als Freiheit *im* Staat (Selbstregierung) wie als Freiheit *vom* Staat (Menschen- und Bürgerrechte) genommen werden soll — nicht vielfach so, daß wir zuerst mit schöner «Grundsätzlichkeit» bekennen: Selbstverständlich, die Demokratie — das ist die für uns einzig mögliche staatliche Lebensform, um dann sofort hinzuzufügen: Aber natürlich nur die maßvoll und verständig gebrauchte Demokratie; ihren *Mißbrauch* lehnen wir entschieden ab!

In zwei Formen drückt sich gegenwärtig diese «maßvolle» Demokratie besonders deutlich aus. Einmal in jener Staatspraxis, die die Demokratie auf sogenannte *normale* Zeiten beschränkt wissen will, für «abnormale» Zeiten aber, vor allem für Kriegszeiten, irgendein autoritäres Regiment als das gegebene ansieht, in Anpassung der Staatsverfassung also an die Militärorganisation, die auch keine Demokratie kennt. Man sagt wohl, die innere Freiheit müsse in solchen Fällen mehr oder weniger preisgegeben werden, damit man die äußere Freiheit retten könne, die schließlich für die Bewahrung der inneren Freiheit in späteren Zeiten die erste Voraussetzung sei. Und das Richtige an dieser Behauptung soll auch keineswegs bestritten werden; der Freie kann sich zeitweilig gewiß seiner Freiheit entäußern und sich einem selbstgewählten Zwang unterwerfen, um nicht unterzugehen, ohne deswegen innerlich die Freiheit zu opfern. Allein die Freiheitsbeschränkung darf niemals die geistigen und sittlichen Kraft-

quellen der Nation selber angreifen in der Meinung, Demokratie sei im Grund etwas Entbehrliches, ein Luxus, wenn nicht eine Gefahr, und die Kraft eines Volkes liege wesentlich in einem äußeren Machtapparat oder in einer klugen «Realpolitik». Das Bewußtsein muß stets lebendig sein, daß alle Machtentfaltung und alle echte Realpolitik sinn- und wirkungslos bleiben, wenn sie auf Kosten der Freiheit gehen, wenn sie das Vertrauen in die staatserhaltende Kraft der Demokratie schwächen und den Glauben an andere staatsbildende und staatserhaltende Mächte stärken. Wo die Grenze zwischen falscher und berechtigter Freiheitsbeschränkung zu ziehen ist, kann natürlich nicht mit einer einfachen Formel angegeben werden; wir können aber immer die Probe auf die Echtheit unseres Bekenntnisses zur Demokratie machen, wenn wir uns ganz ehrlich fragen: Auf was für eine Kraft stützen wir uns letztlich, um unser Land und Volk zu sichern, auf die werbende, lebendig erhaltende Macht der Freiheit oder auf äußere Existenzgarantien?

Die andere Form des tatsächlichen Unglaubens gegenüber der Demokratie ist die Staatspraxis, die die Freiheitsrechte nur den Bekennern der herrschenden politischen Ordnung zuerkennen will, ihre Leugner und Gegner aber von der Mitregierung in den Behörden sowohl als vom Genuß der bürgerlichen Freiheitsrechte ausschließt. *Die Demokratie*, so lautet das landläufige Argument, *ist nur für Demokraten da*; wer die Demokratie benutzen will, um sie zu zerstören, der hat keinen Anspruch auf die Rechte, die sie verleiht.

Anscheinend ein ganz vernünftiger und einleuchtender Grund. Warum soll ich einem andern eine Freiheit einräumen, von der ich genau weiß, daß er sie nur *gegen* mich gebrauchen würde? Ist es nicht Pflicht der Selbsterhaltung, ohne doktrinäre Hemmungen meinem Feind seine Waffe vorzuhalten oder sie ihm zu entreißen?

In Wirklichkeit liegt die Sache bei weitem nicht so primitiv, wie sie erscheinen mag. Das erwähnte Argument ist ja keineswegs neu; es ist je und je angerufen worden, wenn es galt, die Feinde eines *religiösen* und *kirchlichen* Glaubens unschädlich zu machen. Freiheit, so hieß es damals, kann es vernünftigerweise nur für den Glauben geben, nicht für den Unglauben, für die Wahrheit und nicht für den Irrtum, die Ketzerei. Gewissensfreiheit also wohl für uns, aber niemals für die andern! Das war beispielsweise die Haltung des ursprünglichen Calvinismus, der die Freiheit des Glaubens und der Lehre zwar leidenschaftlich gegenüber aller absolutistischen Staats- und Kirchenmacht des andern Bekenntnisses verteidigte, in seinem eigenen Machtbereich aber an Unduldsamkeit und Gewalttätigkeit gegenüber Andersgläubigen nichts zu wünschen übrig ließ. Der Widerspruch, der in dieser Haltung lag, konnte denn auf die Dauer auch nicht aufrechterhalten werden. Es gab zuletzt nur zwei Möglichkeiten: entweder die Gewissensfreiheit für die Gegner des eigenen Glaubens zu leugnen und sie dann eben auch nicht für sich selber anzurufen, oder aber sich auf das Recht der freien Prüfung aller Glaubensansichten für den eigenen Gebrauch zu stützen und dann dieses Recht auch den Vertretern anderer Glaubens- oder Unglaubensansichten zuzubilligen. Der erste Weg hätte zurück zu Rom geführt, das grundsätzlich keine Gewissensfreiheit kennt: der zweite Weg führte zur

Ausbildung der modernen Demokratie, die deshalb von Rom niemals wirklich anerkannt werden darf.

Sollte unsere politische Demokratie nicht vor einer ähnlichen Entscheidung stehen? In der Tat, die Gründe, die die Ausbildung der vollen Glaubens- und Redefreiheit auf kirchlichem und von hier aus auch auf politischem Gebiet durchgesetzt haben, bestehen heute noch mit unverminderter Gültigkeit. Und wenn wir nicht absolutistischen, diktatorischen Staatsformen den Weg bahnen wollen, sind wir verpflichtet, unsere demokratischen Forderungen auch auf uns selber anzuwenden, das heißt die politischen Freiheitsrechte *auch unseren Gegnern zu gewähren*, auf die Gefahr hin, daß diese Mißbrauch damit gegen die Demokratie selbst treiben. So wie Voltaire an Helvetius schrieb: «Ich bin vollkommen gegen das, was Sie sagen, werde aber bis zum Tod Ihr Recht verteidigen, es zu sagen.»

Wir müssen direkt wieder einige Grundwahrheiten unseres demokratischen Glaubens durchdenken und in uns befestigen, wenn wir gewisse Scheinargumente einer rationierten Demokratie, die schon überhaupt keine Demokratie mehr ist, als solche erkennen wollen. Dürfen wir dazu einen Beitrag leisten, indem wir von einer klassischen Verteidigung der Freiheit des Wortes ausgehen, dem kleinen Buch des englischen Philosophen und Volkswirtschafters John Stuart Mill (1806—1873) «Über Freiheit»?

Mill legt mit einer außerordentlichen Klarheit und Einfachheit dar, daß uns zwei entscheidende Gründe verbieten müssen, eine vermeintlich staatsgefährliche und falsche Meinung zu unterdrücken. Einmal: Wir können nie sicher sein, daß eine Meinung, die wir zu erdrosseln bemüht sind, eine falsche Meinung ist. Und sodann: Auch wenn wir dessen sicher wären, so bliebe die Erdrosselung doch ein Übel, weil die rechte Meinung, die wir vertreten, ihre ganze Kraft verliert, wenn sie sich nicht beständig gegenüber dem Irrtum behaupten muß.

Der Anspruch, daß man im Alleinbesitz der Wahrheit sei, läuft auf nichts anderes hinaus als auf die Behauptung der eigenen *Unfehlbarkeit*. Die römische Kirche hat denn auch diesen Schritt konsequenterweise getan, tun müssen. Wer vor einer solchen Folgerung zurückschreckt, der wird sich Lessings berühmtes Wort zu eigen machen müssen: «Wenn Gott in seiner Rechten alle Wahrheit und in seiner Linken den einzigen, immer regen Trieb nach Wahrheit, obschon mit dem Zusatze, sich immer und ewig zu irren, verschlossen hielte und spräche zu mir: Wähle! — ich fiele ihm mit Demut in seine Linke und sagte: Vater, gib! Die reine Wahrheit ist ja doch nur für dich allein!» Gewiß müssen wir bei unserem Tun und Lassen immer dem folgen, was wir als wahr erkannt haben. Aber wir werden dabei immer zugeben, daß es auch *nicht* wahr sein könnte, und deshalb uns den Weg offenhalten, den allfälligen Irrtum richtigzustellen. Das kann indessen nur geschehen, wenn wir auch eine andere Meinung als die unsrige, vielleicht sogar genau die entgegengesetzte, anzuhören imstande sind. «Es ist», so schreibt Mill, «ein gewaltiger Unterschied, ob wir eine Meinung für wahr halten, weil sie bei jeder Gelegenheit, sie zu bekämpfen, nicht widerlegt wurde, oder ob wir sie zu dem Zwecke für wahr schätzen, damit ihre Widerlegung nicht gestattet sei. Vollkommene Freiheit des Widerspruchs und

der Mißbilligung unserer Meinung ist die eigentliche Bedingung, die unsere Annahme ihrer Wahrheit für die Zwecke der Handlungsweise rechtfertigt; und unter keinen anderen Voraussetzungen kann ein Wesen mit menschlichen Fähigkeiten irgendeine Gewißheit haben, daß es im Rechte sei.»

Auf unsere heutige Lage angewandt: Können wir so unbedingt sicher sein, wie wir uns geben, daß unsere Demokratie — wenn nicht der Weisheit letzter Schluß, so doch wenigstens das Rechte und einzig Mögliche für unser Volk ist, sofern wir den Gegnern dieser Demokratie nicht die Möglichkeit geben, ihre abweichende Meinung zu vertreten? Maßen wir uns nicht praktisch doch Unfehlbarkeit an, wenn wir jene andere Meinung einfach unterdrücken? Könnte nicht wenigstens eine *Teilwahrheit* in der Meinung stecken, die wir unterdrücken, eine Teilwahrheit, die zu verkennen schädlich wäre? J. St. Mill hält die Vertretung von Teilwahrheiten sogar für das Normale im Kampf der menschlichen Meinungen: «Volkstümliche Meinungen über für die Sinne nicht faßbare Gegenstände sind oft wahr, aber nur selten oder niemals gänzlich wahr. Sie sind ein Teil der Wahrheit, zuweilen ein größerer, zuweilen ein kleinerer Teil, aber übertrieben, verzerrt und losgerissen von den Wahrheiten, von denen sie begleitet und beschränkt werden sollten. Andererseits wieder enthalten ketzerische Meinungen gewöhnlich einige dieser unterdrückten und vernachlässigten Wahrheiten . . . Da nun der einseitige Charakter der vorherrschenden Meinungen, selbst wenn sie auf einer rechten Grundlage ruhen, derart beschaffen ist, sollte jede Meinung, die irgendeinen Teil der von der allgemeinen Meinung übergangenen Wahrheit verkörpert, als kostbar gelten, mag diese Wahrheit auch mit noch viel Irrtum und Verwirrung vermengt sein.» Das trifft besonders auch für die Politik zu, und die dem Engländer in Fleisch und Blut übergegangene Überzeugung von der Notwendigkeit einer wenn auch noch so scharfen und einseitigen *Opposition* beruht auf keiner andern Erwägung als auf dieser. «Sofern nicht», bemerkt Mill mit Recht, «günstige Meinungen für Demokratie oder Aristokratie, für Eigentum oder Gleichheit, für Zusammenwirken oder freien Wettbewerb, für Üppigkeit oder Enthaltbarkeit, für Sozialismus oder Individualismus, für Freiheit oder Beherrschung und alle andern stehenden Gegensätze des praktischen Lebens mit gleicher Freiheit zum Ausdruck kommen und mit gleichem Talent und Energie verteidigt werden, ist keine Gelegenheit vorhanden, daß beiden Elementen ihr Recht wird; die eine Schale muß dann steigen, die andere sinken. In den großen praktischen Beziehungen des Lebens ist Wahrheit so sehr eine Frage der Versöhnung und Vereinigung von Gegensätzen, daß nur sehr wenige einen genügend weiten und unparteiischen Geist haben, um die Vermittlung auch nur annähernd richtig vorzunehmen, und daß im Kampfe zwischen feindlichen Streitern ein rauher Vorgang stattfindet.»

Man sollte meinen, jeder Mensch mit einem Mindestmaß an Fähigkeit zur Selbstkritik gebe all das ohne weiteres zu. Aber offenbar ist heute Selbstkritik eine seltene Eigenschaft geworden, zum wenigsten für die Vertreter herrschender Staats- und Regierungsformen. Sonst könnte man es sich kaum erklären, daß beispielsweise unsere Demokratie, so wie wir sie alle Tage wirken sehen, als im Grund einzig richtig, als unübertrefflich und

höchstens in Einzelheiten noch etwas verbesserungsbedürftig gepriesen wird. Den allermeisten Demokraten liegt es ganz fern, zu vermuten, daß wir eine ganz andere *Art* von Demokratie haben könnten, ohne daß daraus der Schweiz Nachteil erwüchse, ja sogar zu ihrem höchsten Vorteil. Sie lehnen es entrüstet ab, auch nur die Möglichkeit zuzugeben, daß die Kommunisten in nicht unwesentlichen Punkten ihrer Lehre recht haben; in den «Erneuerern» der verschiedensten Färbungen sehen sie *nur* Staatsfeinde; Duttweiler und sein Ring gehören nach der Ansicht vieler Braver «einfach verboten» usw. Und doch können wir von allen, auch den uns verhaßtesten Oppositionsbewegungen lernen, oft sogar recht viel. Ich gestehe, daß ich noch keine einigermaßen verbreitete Erneuerungsbewegung links oder rechts gefunden habe, bei der ich nicht Teilwahrheiten kennen gelernt oder bestätigt gesehen hätte, deren Vernachlässigung ganz falsch wäre. Kommunisten wie Fröntler, Jungbauern wie Freigeldler, Korporatisten wie Landesringanhänger — sie alle leben im Grunde von einer *verkannten* Wahrheit, die sie mit einer Menge Irrtum und Übertreibung vermischen, und sie würden in dem Augenblick absterben, in dem wir diese Teilwahrheiten unsererseits aufnahmen, sie mit dem, was *wir* als richtig erkannt haben, verbänden und ihnen so ihre Einseitigkeit und Gefährlichkeit nähmen. Polizeiverbote und Verfolgungen können diese geistige Arbeit niemals ersetzen; sie stören oder verhindern sie mit ihrem rohen Dazwischenfahren bloß, ja sie bewirken höchstens eine Steigerung jener Einseitigkeiten, die wir als gefährlich erkannt haben, verschärfen Fanatismus und Verbissenheit und geben den verfemten Bewegungen unwillentlich ein Recht, das sie sonst gar nicht gehabt hätten. Ich mache davon auch für die Fröntler und die anderen faschistischen «Erneuerer» grundsätzlich keine Ausnahme. Wir würden mit ihnen unschwer fertig *ohne* Verbote, wenn wir eine freie Presse hätten und die «geistige Landesverteidigung» gegen Faschismus und Nationalsozialismus mit aller Schärfe führen könnten. Hätten wir auch nur diejenige Freiheit im Kampf gegen den Nationalsozialismus, die sich die bürgerliche Presse, ohne Rücksicht auf die Kriegspartei Rußland, in ihrem Kampf gegen den Kommunismus nimmt, die «nationalen Sammler» und ihre Gesinnungsgenossen könnten nie eine wirkliche Gefahr für die Schweiz werden, auch wenn sie ganz ungehemmt agitieren dürften. Ihr großer Ansturm anno 1933, im «Frontenfrühling», ist bei der damals noch eher möglich gewesenenen freien Abwehr auch abgeschlagen worden. Die Art von Neutralitätsauffassung, die der Pressezensur zugrunde liegt, schließt es jedoch aus, den helvetischen Faschisten und Diktatorschwärmern mit geistigen Waffen, die wirklich Durchschlagskraft haben, gebührend entgegenzutreten, so daß als Nothelf, der uns nicht freuen kann, die polizeiliche Unterdrückung nicht zu vermeiden ist.

Jede äußerliche Unterdrückung einer unerwünschten Meinung birgt auf jeden Fall eine *Gefahr* in sich, die um so größer ist, je mehr man sich auf diesen Weg einläßt. Auch wenn die verbotene Meinung nämlich ganz und gar verkehrt und schädlich sein sollte — was sie, wie gesagt, selten ist —, so wird die herrschende, die «rechte» Meinung trotz ihres Wahrheitsgehalts *unlebendig*, ja *tot* bleiben, sofern sie nicht in aller Freiheit

und von allen Seiten her erörtert und überzeugend klargemacht werden kann. Nur eine Minderheit von Menschen gibt sich damit zufrieden, eine Wahrheit anzuerkennen, die ihnen von einer äußeren Autorität als solche verkündet wird. Die allermeisten Menschen wollen aus eigener, freier Überzeugung, sei es auf Grund eines nachprüfbaren Augenscheins, sei es auf Grund des Zeugnisses ihres Gewissens, ihre Meinung bilden. Sie wollen, ja sie müssen darum auch über die *Gegengründe* gegen die Meinung unterrichtet sein, die sie annehmen sollen. «Die stete Gewohnheit, seine eigene Meinung zu verbessern und zu vervollständigen, indem man sie mit den Meinungen anderer vergleicht, weit entfernt, Zweifel und Zögerung in die Betätigung zu tragen, ist», wie Mill feststellt, «die einzige feste Grundlage für deren richtiges Werden . . . Selbst die unduldsamste der Kirchen, die römisch-katholische, hört bei einer Heiligsprechung geduldig den ‚Teufelsadvokaten‘ an. Der heiligste der Männer, scheint es, kann nicht zu den späten Ehren kommen, bevor nicht alles, was der Teufel wider ihn vorzubringen weiß, bekannt und erwogen wurde. Wäre es nicht gestattet gewesen, selbst gegen den Newtonschen Lehrsatz Zweifel vorzubringen, die Menschheit hätte nie das volle Vertrauen zu dessen Wahrheit gehegt, das sie heute hat. Unsere gesichertsten Anschauungen haben keinen festeren Halt als die Überzeugung, daß sie der Prüfung der Welt stets freistanden . . . Dies ist die Summe der Gewißheit, die ein fehlbares Wesen erlangen kann, und dies ist der einzige Weg, um sie zu erlangen.» Wie viele Blindgläubige verschmähen aber diesen Weg! Nicht nur die religiöse, sondern auch die politische Lehre, zu der sie sich bekennen, hat in ihnen keinen wirklichen Halt, weil sie davor bewahrt blieben, sich mit deren Gegnern ernsthaft auseinanderzusetzen. «Statt einer lebhaften Vorstellung und eines lebendigen Glaubens», sagt Mill, «bleiben nur einige gewohnheitsmäßig eingewurzelte Phrasen übrig; oder wenn dennoch etwas zurückbleibt, so sind es nur Schalen und Hülsen der Meinung, während die besseren Bestandteile verlorengehen. Das große Kapitel, welches diese Tatsachen der menschlichen Geschichte einnehmen und ausfüllen, kann nicht ernst genug durchdacht werden.»

Die Kirchengeschichte ist voll von Beispielen für die erstarrende, ertötende Wirkung einer Lehre, die nicht beständig im Kreuzfeuer gegnerischer Angriffe steht. Nicht anders ist es mit politischen Lehren, und die Demokratie macht davon keine Ausnahme. Statt eine Quelle der Stärke zu sein, ist äußere Einmütigkeit eines Volkes im Bekennen einer bestimmten Staatsauffassung, und wäre es die beste von der Welt, die Ursache größter Schwäche. Die Unterdrückung einer politischen oder sozialen Lehre aber, weit entfernt, sie in den Gemütern auszurotten, verhilft ihr meistens zu einer Lebendigkeit, die sie nie erreichen würde, müßten sich ihre Anhänger nicht fortwährend mit ihren Gegnern innerlich auseinandersetzen. Nichts Schlimmeres kann einer Staatsauffassung passieren, als wenn sie durch Polizeigewalt zur offiziellen Wahrheit erklärt wird, und nichts erhält eine gesellschaftliche Lehre kräftiger und lebendiger, als wenn Ketzer da sind, die ihr offen widersprechen. «Wenn es Menschen gibt, die eine hergebrachte Meinung bekämpfen, oder die solches tun wollen, wenn Gesetz oder öffentliche Meinung es zulassen, so laßt uns ihnen danken, ihren Worten lauschen

und uns freuen, daß jemand da ist, der für uns tut, was wir sonst mit viel größerer Mühe selbst tun müßten, sofern uns an der Zuverlässigkeit oder Lebenskraft unserer Überzeugung etwas gelegen ist.» (Mill.)

Was bleibt also von der anscheinend so einleuchtenden Behauptung übrig, die Freiheit des Wortes dürfe nur denjenigen gewährt werden, die sie nicht *gegen* die Freiheit gebrauchen? Nichts als Unverständnis für die Bedingungen, unter denen die Freiheit überhaupt leben kann. «Demokratie nur für Demokraten» — das heißt gewollte Erstarrung in einer Staatsordnung, die nur bestehen kann, wenn sie sich entwickelt. Es heißt Verzicht auf Nutzbarmachung von Wahrheiten, die auch in sehr radikalen Oppositionsbewegungen verkörpert sind. Es heißt Entkräftung der Demokratie von innen her, Aufrichtung einer Staatsreligion, die nur mehr auf Autorität hin geglaubt wird, die aber hilflos zusammenfallen muß, wenn ein lebendiger politischer Glaube — und sei er noch so falsch — gegen sie anrennt. Man kann fast mit Sicherheit sagen, daß es meist alte, müdgewordene Herrschaftsformen sind, die glauben, zu ihrer Rettung die Anhänger anderer Gesellschaftsanschauungen als Staatsfeinde erklären zu müssen. Weil es ihnen an moralischer Autorität gebricht, flüchten sie sich in die Autorität der Brachialgewalt. Meinen auch wir am besten durch die gewaltigen Umwälzungen hindurchzukommen, die sich jetzt vollziehen, indem wir die Demokratie zur Staatsform einer bevorrechteten Vollbürgerschaft machen, von ihrer Nutznießung aber oppositionelle Minderheiten ausschließen? Wir könnten uns täuschen. Und darum ist eine Warnung am Platz, die dazu einlädt, sich wieder mehr auf die Lebensbedingungen jeder gesunden Demokratie zu besinnen.

---

## Hundert Jahre „Garantien der Harmonie und Freiheit“!

Von Paul Müller

In jenem selben Jahre, da Herman *Greulich* geboren wurde, hat in der Schweiz auch die erste große Urkunde das Licht der Welt erblickt, mit der die moderne Arbeiterbewegung in die Geschichte eingetreten ist und ihr eigenes Weltbild verkündet hat. Ein weit in der Welt herumgewandelter Schneidergeselle aus Magdeburg, Wilhelm *Weitling*, hatte es übernommen, das, was die Arbeiterschaft in jener Zeit bedrückte, in Worte zu fassen, und im Weihnachtsmonat des Jahres 1842 ist die Arbeit dann in Form eines 260 Seiten starken Buches in Vevey unter dem Titel «*Garantien der Harmonie und Freiheit*» erschienen.

Es war kein leichtes Beginnen, an das sich die Arbeiter mit der Herausgabe des Buches damals heranwagten. Von einer eigentlichen Arbeiterbewegung war zu jener Zeit weder in der Schweiz noch in andern Ländern des Kontinents die Rede. Die moderne Industrie war gerade erst im Entstehen und die Arbeiterschaft bestand noch so gut wie ausschließlich aus zumeist unsteten Handwerksburschen, die wohl gelegent-